

09.10.2024 – Rede gegen das Treffen der Militärs auf der JAPCC-Konferenz  
Siw Mammitzsch für die DKP Essen

Mit dem Einmarsch israelischer Soldaten in den Libanon hat Israel eine weitere Eskalationsstufe im Krieg eröffnet, die das Potential hat, zu einem Flächenbrand im gesamten Nahen Osten zu werden. Es ist ein aggressiver Akt, der verurteilt gehört. Während Russland heftigst kritisiert wird, darf Israel sich immer auf seine Selbstverteidigung berufen. In dem einen Fall ist es legitim, in dem anderen nicht. Diplomatie ist ein Fremdwort, die UN wurde ihrer ausgleichenden Rolle beraubt.

Deutschland rechtfertigte den Einmarsch der israelischen Soldaten in den Libanon. Damit zeigt die Bundesregierung, dass sie offenbar kein Interesse an der Beendigung dieser gefährlichen Situation hat. Letzte Tage war überall zu lesen, dass der militärische Austausch zwischen Israel und der Bundesrepublik „sehr eng“ sei. Die Bundesregierung braucht ihre eigenen imperialistischen Interessen kaum mehr zu verdecken, weil die reflexartige Unterstellung des Antisemitismus jegliche Kritik an der Politik Israels unmöglich macht.

Israel ist kein **Nato-Mitglied**, dennoch gibt es eine weitreichende Zusammenarbeit. In Brüssel öffnete Israel 2016 ein Verbindungsbüro im Nato-Hauptquartier, nimmt an Militärübungen der Nato teil. Die USA ist der wichtigste israelische Verbündete und versorgt die israelischen Streitkräfte mit Waffensystemen. Neue Systeme werden in Palästina auf perfide Weise am lebenden Objekt getestet.

Um das unendliche Leid des palästinensischen Volkes zu beenden, braucht es zuerst einen sofortigen Waffenstillstand! Gleiches gilt für die Ukraine. Die in diesen Tagen in der Messe Essen anwesenden Militärs, NATO-Vertreter und Vertreter der Rüstungsindustrie profitieren allesamt von diesen Kriegen! Deshalb ist es unsere Aufgabe, solche Konferenzen zu verhindern und allen Kriegen entgegen zu treten.

Durch die Stationierung neuer US-Raketen in Deutschland, die als Erstschlagwaffen gegen Russland gerichtet sind, droht, dass wir zum atomaren Schlachtfeld werden. Der Bundesausschuss Friedensratschlag hat in einem Positionspapier herausgearbeitet, dass die Raketenpläne nichts mit dem Ukraine-Krieg zu tun haben und keine Reaktion auf russische Drohungen sind. Sie sind von langer Hand vorbereitet und Teil der Ausweitung der NATO Richtung Osten.

Der reaktionären Politik des „Wertewestens“ kann nur eine starke Friedensbewegung Einhalt gebieten. Sie wird ihre notwendige Stärke nur erreichen, wenn es ihr gelingt, einen Konsens zu finden. In diesem Land ist das vor allem die Verhinderung der Stationierung neuer US-Raketen. Auch prominente SPD-Mitglieder haben das erkannt, auch das BSW macht die Friedensfrage zum Thema. Es braucht aber noch viel mehr Menschen die deutlich „Nein“ zu den US-Raketen sagen. Das Gemeinsame gehört in den Mittelpunkt.

Wir fordern alle Parteien in dieser Stadt auf sich dafür einzusetzen, dass diese Militär-Konferenz keine Zukunft in Essen hat.

Keine Räume für Kriegstreiber!

Keine Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland!